

Rede zum Gesetz zur Integration der Sonderzahlungen und zur Anpassung der Besoldung und Versorgung 2008 und zur Änderung weiterer Rechtsvorschriften (BVAnpG 2008)



Manfred Groh, MdB

Abg. Manfred Groh CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion hält den Gesetzentwurf zur Anpassung der Besoldung und Versorgung sowie zur Integration der Sonderzahlungen in die Grundgehälter für ausgewogen und angemessen. Der Entwurf steht nicht nur bezüglich des aktuellen Doppelhaushalts 2007/2008 im Einklang mit den haushalts- und finanzpolitischen Zielsetzungen, sondern besonders auch im Hinblick auf die mittelfristige Finanzplanung bis 2011.

Wir können dem Gesetzentwurf heute deshalb voll und ganz zustimmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie der Verlauf der bisherigen Beratungen gezeigt hat, können wir bei der nachfolgenden Abstimmung sogar von einer großen Mehrheit ausgehen.

Daran dürften auch die bisherigen Äußerungen der Fraktion GRÜNE nichts ändern, zumal es den Grünen offensichtlich nur noch um die Herausnahme der Integration der Sonderzahlungen in die Grundgehälter geht.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Was heißt da „nur noch“?)

Die bei der ersten Lesung von Ihnen, lieber Kollege Oelmayer, noch geforderte Streichung der Sonderzahlung für Versorgungsempfänger dürfte wohl nicht mehr zur Diskussion kommen. Jedenfalls sehe ich mich aufgrund der Beratungen im Finanzausschuss zu dieser Schlussfolgerung berechtigt.

Meine Damen und Herren, nachdem nun vor wenigen Tagen der Beamtenbund durch seinen Vorsitzenden Heesen für das Jahr 2008 eine fünfprozentige Gehaltserhöhung gefordert hat, erlaube ich mir, um allen Missverständnissen vorzubeugen, den Hinweis, dass diese Ansprüche nur an den Bund und die Kommunen gerichtet sind. Wie Ihnen bekannt sein dürfte, liegt für den Landesbereich die Zuständigkeit für das Besoldungsrecht seit der Föderalismusreform I bei uns in diesem Haus.

Die jetzt in dem Gesetzentwurf getroffene Regelung entspricht den Verhandlungen der Regierung mit Beamtenbund und ver.di und soll ab 1. Januar 2008 gelten. Neben der linearen Anpassung der Besoldung und Versorgung in zwei Stufen um insgesamt 2,9 % ist die Integration der Sonderzahlungen in die Grundgehälter von zentraler Bedeutung. Mit dieser Integration wird nämlich nicht nur die Dynamisierbarkeit sichergestellt – die übrigens auch bisher schon gewährleistet war –, sondern werden die Sonderzahlungen auch wesentlicher Bestandteil des Grundgehalts mit der Folge, dass sie künftig dem Alimentationsprinzip unterliegen und automatisch auch an künftigen linearen Erhöhungen teilnehmen. Das war gewollt und entspricht übrigens einer alten Forderung des Beamtenbunds. Die CDU-Fraktion teilt diese Auffassung. Dadurch werden die Sonderzahlungen nämlich noch sicherer

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Überhaupt nicht mehr!)

und können nicht mehr losgelöst einer anderen Betrachtungsweise zugeführt werden.

Im Übrigen entspricht diese Verschmelzung einem fairen Interessenausgleich. Dabei muss auch gesehen werden, dass die Sonderzahlungen deutlich reduziert wurden: bei aktiven Beamten auf 50 %, bei Versorgungsempfängern auf 30 %. Hinzu kommt die generelle Absenkung des Ruhegehaltshöchstsatzes auf 71,75 %.

Deshalb lehnen wir jeglichen weiteren Eingriff in das Besoldungsgefüge mit Entschiedenheit ab, etwa einen Vorschlag der Grünen – so er denn heute überhaupt noch vorgebracht wird – auf Herausnahme der Sonderzahlungen aus den Grundgehältern, auch wenn sich dieser Vorschlag nur auf die Berechnung und Festsetzung der Versorgungsbezüge beschränken würde. Das ist mit uns nicht zu machen, was ich hier in aller Deutlichkeit sage.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Christine Rudolf SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir, bei der grundlegenden Beurteilung der Beamtenbesoldung zum Schluss nochmals die Arbeitszeitregelung anzusprechen, ebenso aber auch die berufsqualifizierenden Anforderungen. Unsere Beamtinnen und Beamten arbeiten immerhin 41 Stunden in der Woche, andere Beschäftigte mit 39,5 Stunden deutlich weniger. Im Hinblick auf die überaus hohen Anforderungen an Qualifizierung und berufsbegleitende Weiterbildung erscheint mir persönlich der vorliegende Gesetzentwurf eher als eine Minimalregelung, als dass ich von einer üppigen Gehaltsaufbesserung sprechen könnte. Ich hoffe deshalb, dass mit anderen Maßnahmen, z. B. Leistungsprämien und Stellenhebungen, weitere attraktive Zusatzleistungen geboten werden können, um das hohe Leistungsniveau unserer Beamtenschaft dauerhaft zu sichern.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)